

War Hitlers Machtübernahme unvermeidlich? Zur Einschätzung der ehemaligen „Versöhnler-Fraktion in der KPD“

Ein „dokumentarischer Beitrag“ zur Newsletter-Debatte über das Jahr 1932

VORGESTELLT VON BERNHARD H.
BAYERLEIN

Das hier erstmals in Auszügen publizierte Dokument soll als Beitrag der im INL-CCS dokumentierten Geschichtsdiskussion über das Jahr 1932 verstanden werden. Es erweitert gleichzeitig die mit dem Jahre 1932 verbundenen Fragestellungen (sowjetische „Innenpolitik, Situation in der Komintern) um die des epochalen Einschnitts des Jahres 1933 und die Diskussion über den nationalsozialistischen Machtantritt in Deutschland, die Politik der KPD. Neben dem „offiziellen“ gab es auch in den Zeiten der Stalinisierung während der dreißiger Jahre einen anderen Kommunismus in Deutschland, der eine spezifische Tradition repräsentierte.

Das Dokument der sogenannten „Versöhnler“ in der KPD enthält nicht nur eine allgemeine floskelhafte Einschätzung der Bedingungen, die zur nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland geführt haben. Der Text zeichnet sich vielmehr durch eine auf die konkrete Abfolge der Ereignisse orientierte historische Analyse dieser Ereignisse aus, besonders der entscheidenden Januarentwicklung des Jahres 1933, als sich vielleicht zum letzten

Male die Möglichkeit bot, die stärkste Arbeiterbewegung der Welt geschlossen gegen Hitler zu stellen.

Das 20-seitige Original wurde als illegale Flugschrift in Berlin und Hannover verteilt. Die Zwischenüberschriften wurden komplett übernommen, ansonsten konnten nur einige wichtige Passagen abgedruckt werden. Unter schwierigen und prekären Bedingungen wirkte innerhalb der KP Deutschlands eine Strömung weiter, die nicht nur eine realitätsnähere Faschismusanalyse lieferte, sondern konkrete Möglichkeiten zur Verhinderung der nationalsozialistischen Diktatur aufzeigte, in allerletzter Minute ... Paradoxerweise hat sich jedoch die seinerzeitige, offizielle kommunistische Begründung bis heute in viel stärkerem Maße aufrechterhalten, nach der ein Widerstand gegen den Regierungsantritt der Nationalsozialisten nicht möglich gewesen sei. Das hier aufgeführte Dokument belegt, daß es auch innerhalb der KPD - und nicht nur im Rahmen der weitgehend marginalisierten - rechts- und linkskommunistischen Gruppen - eine grundsätzlich andere Einschätzung der Entstehungsphase der Nazi-Diktatur und den sich daraus ergebenden Folgen und Konsequenzen für die Politik der KPD (und der Komintern) gegeben hat. Zur Vertiefung der Problematik verweisen wir auf

die Klassiker der KPD-Geschichte von Hermann Weber, Siegfried Bahne und O. K. Flechtheim. Die Geschichte der Versöhnler in KPD und Komintern wird im Band IV der Edition der Archives de Jules Humbert-Droz problematisiert werden. Siehe auch den weiter unten angekündigten Werkstattbericht: B. H. Bayerlein: "Die unbekannte Geschichte der 'Versöhnler'. In: The CTisis of social Ideas. Essays in Honour to Marjan Britovsek, Ljubljana, 1995 (in Druck).

Alle Hervorhebungen im Dokument.

Dokumentenbezeichnung: Versöhnlermaterial. Hergestellt August 1933 in Berlin-Weissensee, Karl Legien-Siedlung. Auflage 800, davon 200 nach Hannover. A. 20 S. SAPMO, Historisches Archiv der KPD.

Das Dokument

Genossen, die Gruppe von Parteimitgliedern, die sich mit diesem Schreiben an Euch wendet, gehört unserer Partei zum Teil seit ihrem Bestehen, zum anderen Teil seit mindestens 10 Jahren an. Sie stand in Opposition in den Jahren 1924 und 1925, unterstützte auf das Intensivste die richtige leninistische Politik während der Jahre 1926 und 1927 und musste infolge der verhängnisvollen Wendung der Parteipolitik im Jahre 1928, die durch die Märznie derlage 1933 besiegelt wurde, wiederum in die Opposition zurückkehren.

Wir waren während der verfloßenen fünf Jahre mit der Politik unserer Partei niemals einverstanden, aber wir haben stets versucht, unsere abweichenden Auffassungen im Rahmen der Organisation unter strengster Beachtung der Parteidisziplin zu vertreten. Wir haben in der Zeit zwischen dem Sechsten Weltkongreß und dem Weddinger Parteitag laut und vernehmlich vor der falschen Gewerkschaftspolitik gewarnt die uns in den folgenden Jahren unfähig machte, die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Wir haben alles denkbare getan, um die Parteileitung

von jenem katastrophalen innerparteilichen Kurs abzuhalten, die die Organisation in Wirklichkeit aktionsunfähig machte. Wir haben in den Jahren 1930 und 1931, als die wirtschaftliche und politische Krise sich zusehends dem Höhepunkt näherte, versucht, innerhalb der Partei die richtigen Wege zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch den Kommunismus durchzusetzen, weil uns schon damals klar war, daß die Konterrevolution im Verlaufe der Krise siegen muß, wenn die KPD sich unfähig erweisen sollte, diese Aufgabe zu lösen. Wir haben uns offen und scharf gegen die Volksentscheidspolitik und die nationalistischen Entgleisungen gewandt, (deren Hauptvertreter Neumann, Remmle, Münzenberg waren), und die in Wirklichkeit den Kampf gegen den Faschismus beeinträchtigten. Wir haben während des ganzen Jahres 1932 unaufhörlich vor der Unterschätzung des Faschismus gewarnt, im Januar auf alle erdenkliche Weise die Führenden der Partei und diese selbst auf den drohenden faschistischen Umsturz aufmerksam gemacht und die notwendigen Maßnahmen zur Mobilisierung der Arbeiterklasse vorgeschlagen.

Wir hatten keinen Erfolg, die Parteileitung änderte ihre Politik nicht, die Niederlage war die Folge. Wir haben gehofft, daß die Parteileitung zumindest aus der Niederlage die Konsequenzen und Lehren ziehen werde - auch diese Hoffnung war vergeblich. Die Politik, die solche furchtbaren Ergebnisse hatte, wird fortgesetzt (...)

Die Wahrheit sagen - um jeden Preis!

(...) Die erste und entscheidende Aufgabe ist, unter allen Umständen, um jeden Preis unserer Partei und der deutschen Arbeiterklasse die Wahrheit, die unbedingte, nackte Wahrheit zu sagen (...)

Hätte man kämpfen sollen?

Zwei Tatsachen bestreitet niemand, der bei gesundem Menschenverstand ist, daß der Faschismus an der Macht ist, und daß er ohne Widerstand gesiegt hat. Kann es angesichts der furchtbaren Folgen, die der

Sieg des Faschismus für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung hat, einen denkenden Kommunisten, einen der Sache seiner Klasse ergebenden revolutionären Arbeiter geben, welcher der Antwort auf die Frage ausweicht: *Hätte man in den Monaten Januar und Februar kämpfen sollen?* Hätte man der drohenden Machtübernahme durch den Faschismus jeden denkbaren Widerstand entgegensetzen sollen? (...)

Der größere Teil der Parteileitung beantwortet diese Frage klar und unzweideutig: „Es war richtig, dem Kampf auszuweichen.“ Ein anderer Teil - die Gruppen der Genossen Neumann und Remmele (die gegenwärtig aus der Parteiarbeit ausgeschaltet sind) antwortet ebenso eindeutig: „Man hätte um jeden Preis, unter allen Umständen kämpfen müssen.“

Wir glauben, daß beide Auffassungen nicht nur mit der Strategie und Taktik des revolutionären Marxismus unvereinbar sind, sondern auch auf die tatsächliche Situation des Klassenkampfes in den Monaten Januar und Februar so passen, wie die Faust aufs Auge. (...)

Die neuerliche Zuspitzung der Krise hatte die Bourgeoisie völlig kopflös gemacht. Sie schwankte zwischen der Militärdiktatur Schleichers und einem faschistischen Regime Hitler-Hugenberg, ohne sich während des ganzen Monats Januar für die eine oder die andere Lösung entscheiden zu können. In dieser Situation stießen die Nazis vor. Sie rufen zu der Demonstration am Bülowplatz vor dem Karl-Liebknecht-Haus auf. Diese ungeheuerliche Provokation der Arbeiterschaft mußte unweigerlich die Krise auf den Höhepunkt treiben, die Entscheidung gewaltsam beschleunigen. Schleicher versuchte abermals auszuweichen, indem er die faschistischen Provokateure vor den Arbeitern schützte, und den Arbeitern gestattete „legal“ zu antworten. Aber die Berliner Arbeiter, die besser als ihre Führer begriffen hatten, dass die Entscheidungsstunde des Kampfes gegen den Faschismus gekommen war, antworteten auf ihre Weise: Am

22. Januar demonstrierten sie bei 15 Grad Kälte im stundenlangen Vorbeimarsch am Karl-Liebknecht-Haus in einer Art und Weise, daß jeder, der nicht blind und taub war, verstehen mußte: Die Berliner Arbeiter haben sich erhoben, sie sind bereit, ihr Leben einzusetzen, um den Sieg des Faschismus zu verhindern. Die Stunde für den Generalstreik ist gekommen.

Zu den Blinden und Tauben gehörte leider unsere Parteiführung. Sie gab am Morgen des 23. Januar nicht die Losung zum Kampf, sondern sie schwelgte in petrischen (?) Ergüssen über die 'herrliche Demonstration'. Sie verließ sich darauf, daß die Bourgeoisie, erschreckt durch die Demonstration und die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, aus Furcht vor dem Bürgerkrieg den Einsatz des Faschismus nicht wagen würde. Sie verkannte vollkommen die wirkliche Lage. Noch am 31. Januar, am Tage der Bildung der Regierung Hitler - Hugenberg, erschien die *Rote Fahne* mit der Schlagzeile: 'Einheitsfront von Hitler bis Wels.' Sie war fest überzeugt davon, daß Schleicher die Situation meistern werde. Aber die Bourgeoisie zog andere Konsequenzen, als unsere Parteiführung sie erwartete. Die Demonstration des 22. Januar, der kein Kampf gefolgt war, gab jenen Kräften in ihr die Oberhand, welche den staatlichen Einsatz der Faschisten gegen die Arbeiterklasse forderten. Das Echo, das der Kampfruf der Berliner Arbeiter im ganzen Reich gefunden hatte, der Konflikt zwischen Schleicher und dem ostelbischen Grundbesitz gab den Ausschlag. Die Faschisten, denen der Schrecken des 22. Januar, die Furcht vor dem Proletariat, noch in allen Knochen steckte, wurden förmlich in die Regierung hineingepeitscht. Die Entscheidung war in Wirklichkeit am 22. Januar gefallen.

Aber vielleicht hätte die Entwicklung bis zum 31. Januar noch geändert werden können. Die Berliner Arbeiter waren, da ihre Kampfbereitschaft nicht ausgenutzt wurde, zwar enttäuscht, aber sie waren, umsomehr als die Bewegung im Reiche noch im Anwachsen war, noch immer

kampfbereit. Aber es fehlte jede Initiative zum Einsatz der proletarischen Einheitsfront, die in diesen Tagen wirklich vorhanden war.

Die Parteileitung gab nicht einmal die selbstverständliche Losung zur Beteiligung an der sozialdemokratischen Lustgarten-Demonstration am 31. Januar aus. (Weil man die Bildung der Regierung Hitler-Hugenberg für ausgeschlossen hielt). Die endgültige Entscheidung war gefallen.

Im Monat Februar war die *spontane* Kraft der Arbeiterklasse gegenüber dem Faschismus gebrochen (...)

Die Parteileitung sagt, man konnte nicht kämpfen, weil die Voraussetzungen für den bewaffneten Aufstand, also für die Eroberung der Macht durch das Proletariat nicht gegeben waren. (...) und sicherlich: Unsere Parteileitung hat Recht, wenn sie sagt, daß im Januar der bewaffnete Aufstand, die Machteroberung unmöglich war - aber sie beantwortet - nachträglich - damit die Frage, die ihr niemand gestellt hat, weder die Arbeiterklasse, noch die Geschichte - höchstens ihre eigenen Illusionen.

Diese Frage war bereits im Monat November (und wenn man will, schon am 20. Juli) entschieden worden: Nämlich dadurch, daß es unserer Partei in den entscheidenden Monaten vor dem Höhepunkt der Krise nicht gelungen war, die Mehrheit der entscheidenden Schichten des Proletariats zu erobern, um wirklich den Machtkampf aufnehmen zu können (nicht nur an der Wahlurne für den Kommunismus zu demonstrieren) und das vornehmlich deshalb, weil (?) das Kleinbürgertum in seiner gewaltigen Mehrheit zur Konterrevolution überging. Diese grundlegenden Kräfteverhältnisse bestanden auch im Januar aber sie waren durch die Krise der faschistischen Partei zugunsten der Arbeiterklasse modifiziert: *Die Arbeiterklasse war nicht im Stande, die Macht zu erobern, aber sie war absolut fähig, die extremste Form des Sieges der Konterrevolution, die faschistische Diktatur zu verhindern.* (Passage im Original abgesetzt, Be-

merkung des Bearbeiters) (...) Unsere Antwort auf die Frage, ob man hätte kämpfen sollen, lautet: *Ende Januar mußte unsere Partei den Kampf aufnehmen.*

Der Verrat der SPD - die führende Rolle der KPD oder „Sind die sozialdemokratischen Arbeiter schuld?“

Wir haben die Fragen der März-niederlage bisher ausschließlich vom Standpunkt der Strategie unserer eigenen Partei gestellt. Das muß für Kommunisten der leitende Gesichtspunkt sein. Aber um die Frage vollkommen und auch nach taktischen Gesichtspunkten zu klären, muß man die Rolle aller während der Krise innerhalb des Proletariats wirkenden entscheidenden Kräfte und ihrer Beziehungen untereinander analysieren, also die Rolle der SPD und der sozialdemokratischen Arbeiter.

Wir sind mit der Partei völlig einverstanden, wenn sie in ihren Dokumenten den permanenten Verrat der SPD an allen proletarischen Interessen vom 4. August 1914 bis zu den Schurkenstreichen Leipzigs, Wels, Löbes und Grassmanns schildert. Wir sind mit ihr darin völlig einig, daß ohne die Politik des Reformismus seit 1918 der Sieg des Faschismus undenkbar gewesen wäre, daß der Faschismus die letzte Konsequenz der Koalitions- und „kleineres“- Übel-Politik ist. Ebenso daß ein großer Teil der SPD-Führer, die, wie Ebert „die Revolution hassen wie die Sünde“ zweifelsohne nicht nur die Weimarer Republik, sondern auch die faschistische Diktatur der kommunistischen vorziehen. Die SPD ist und bleibt eben eine vom Standpunkt der proletarischen Revolution gegenrevolutionäre Arbeiterpartei (nach Lenin). Ihre historische und einzige Rolle ist die des Verrats der Arbeiterklasse und des Kampfes innerhalb des Proletariats für die Erhaltung der bürgerlichen Klassengesellschaft

Wie reimt es sich aber mit einer solchen, der einzigen marxistischen Einschätzung der SPD zusammen, *wenn unsere Parteileitung in all ihren Dokumenten*

dem Verrat der SPD die einzige Schuld daran gibt, dass unsere Partei nicht kämpfen konnte (...)

Aber das ZK geht noch weiter, es führt die Liquidation der Leninschen Theorie über die revolutionäre Partei noch weiter. Es erklärt, daß nicht nur der Verrat der SPD uns kampfunfähig gemacht habe, sondern, daß auch die SPD-Arbeiter Schuld daran gewesen seien, weil sie nicht hätten kämpfen wollen. Man könnte darauf antworten: Woher wißt Ihr denn das? Ihr habt es doch selbst nicht für richtig gehalten, zu kämpfen „da die Voraussetzungen für den bewaffneten Aufstand nicht gegeben waren.“ Ihr konntet doch den Pudding gar nicht erproben, da Ihr ihn nicht essen wolltet.

Wollten die SPD-Arbeiter wirklich nicht kämpfen, haben sie wirklich unsere Einheitsfrontangebote abgelehnt, wie das ZK es behauptet? Diese Behauptung hat nichts mit der Wirklichkeit gemein. Jeder Berliner, jeder deutsche Arbeiter weiß, daß gerade im Monat Januar zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern ein brüderliches Verhältnis bestand, daß große Teile der sozialdemokratischen Arbeiter mit ihren Führern gebrochen hatten, daß sie bereit waren, sich der kommunistischen Führung zu unterstellen. Und warum taten sie das nicht? Weil das nur unter der Voraussetzung möglich war, daß die Leitung der KPD durch eine richtige Einheitsfronttaktik den Verrat der SPD völlig paralyisiert, die schon auf der Seite der KPD stehenden SPD-Arbeiter völlig an sich herangezogen, die noch schwankenden SPD-Arbeiter zu ehrlichen Bundesgenossen gemacht hätte.

Rückzug oder Niederlage?

Die Konterrevolution hat in Deutschland gesiegt, die Arbeiterklasse ist geschlagen. Sie ist geschlagen, weil es der Bourgeoisie am Höhepunkt der Krise gelang, den größten Teil der werktätigen Schichten des Kleinbürgertums zu sich herüberzuziehen, weil die Arbeiterklasse den entscheidenden Augenblick zum Kampf verpaßt hat.

Wir hätten nur dann ein Recht zu erklären, daß keine Niederlage, sondern ein Rückzug stattgefunden habe, wenn auch im März die entscheidenden Kräfteverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Proletariat sich *nicht* entsprechend geändert hätten, wenn die Entscheidung zwischen Revolution und Konterrevolution noch nicht gefallen wäre. In einem solchen Fall sprechen die Marxisten von einem „Rückzug“

Wie war das möglich?

Es liegt auf der Hand, daß die Beantwortung der Frage, wie es möglich war, daß der Faschismus so leicht und mühelos siegen konnte, unvollständig bleibt, wenn man sie ausschließlich aus den Ereignissen der Wintermonate des Jahres 1932/1933 erklären will. Ein Verhalten, wie das unserer Parteileitung, eine derartige Unfähigkeit, im entscheidenden Augenblick richtig zu handeln und den Verrat der SPD zu durchkreuzen, muß tiefere und umfassendere Ursachen haben. Wir glauben, daß diese Ursachen in der gesamten Politik unserer Parteileitung seit dem Jahre 1928 zu suchen sind.

Die entscheidenden Fehler wurden damals in innerparteilicher Beziehung gemacht (...)

Der demokratische Zentralismus, jenes von Lenin begründete System, durch das unsere russische Bruderpartei zum Siege gelangt ist, wurde in Deutschland liquidiert. An seine Stelle trat der bürokratische Zentralismus, der die ganze politische Entscheidung ausschließlich in die obersten Spitzen verlegte und die Parteiorganisation auf das Niveau einer Arbeits- und Abstimmungsmaschine herabdrückte. Die leitenden Körperschaften der Partei wurden im Laufe der jahrelangen Entwicklung von dem Willen der Parteimassen immer „unabhängiger“, aber sie wurden dadurch auch, ohne es selbst zu merken, immer unabhängiger von den wirklichen Stimmungen der breiten Massen des Proletariats. In dem Ausmaße, wie die Partei größer und größer wurde, zeigte sich immer klarer, daß die Ausschaltung der alten

und erfahrenen Kaders die verhängnisvollsten Fehler zur Folge haben *mußte*. Jene Tausende von Arbeitern, die in den letzten Jahren in unsere Partei eingetreten waren, brachten zwar außerordentlich viel Begeisterung und Opferbereitschaft mit sich, gaben unserer Organisation jenen äußerlich revolutionären Schwung, der sie in den vergangenen Jahren auszeichnete, waren aber natürlich nicht fähig, die jahrzehntelangen Erfahrungen im revolutionären Kampf zu ersetzen, die der Gesamtorganisation durch die Ausschaltung der alten Kaders verloren gegangen war (...)

In den Jahren 1929 - 1930 - 1931 liquidierte die Partei vollkommen die revolutionäre Taktik der Eroberung der freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter durch die Fraktionsarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften, ohne die auch eine wirkliche Einheitsfronttaktik unmöglich war und ist. An ihre Stelle trat die RGO-Politik einer „selbständigen roten Gewerkschaftsbewegung“ und Roter Verbände.

Das sind neben *vielen anderen*, die wir nicht erwähnen, die Hauptursachen für den Zusammenbruch unserer Parteileitung in den entscheidenden Januarwochen. Die Märznieferlage ist der Ausdruck für den *vollkommenen* Bankrott der Politik, die 1928 eingeleitet wurde.

Die gegenwärtige Lage

Binnen wenigen Monaten hat der Faschismus seine Parteidiktatur verwirklicht. (...) Der „totale Staat“ des Faschismus ist Wirklichkeit geworden - die größte Unterdrückungsorganisation der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, welche die bisherige Geschichte kennt.

Der Parlamentarismus ist restlos vernichtet, jede Form von Demokratie bis in die Wurzeln zerstört, die ganze politische Macht konzentriert sich in der Hand des faschistischen Diktators. In kurzer Zeit ist aus der Weimarer Demokratie der „Ständestaat“ geworden, die mittelalterliche Hülle der modernsten Diktatur des Finanzkapitals (...)

Die faschistische Diktatur hat der Bourgeoisie eine ungeheure Macht gegenüber allen werktätigen Schichten gegeben - aber die *ausweglose* ökonomische Krise gestattet *keine Stabilisierung* ihres Regimes. Die Perspektive des deutschen Faschismus ist der *unaufhörliche* Terror gegen die Unzufriedenen, die immer zahlreicher werden müssen - der Verlust des größten Teils seiner Massenbasis - die Umwandlung der NSDAP aus einer Partei, die 17 Millionen mobilisieren konnte, zu einer Partei von Staatsbeamten, Polizisten und Soldaten, deren Massenanhang sich auf die wohlhabende Bourgeoisie, das reiche Bauerntum und alle vom faschistischen Staate unmittelbar abhängigen Schichten erstreckt.

Die Bedingungen für den proletarischen Kampf gegen die faschistische Diktatur sind objektiv günstig (...) Aber die Arbeiterklasse kann *nichts* tun, *ohne* Führung und Hilfe seitens unserer Partei:

Ohne daß wir erkennen, was zu tun ist, - und das auch tun - wird die Arbeiterklasse selbst in der objektiv günstigsten Situation sich nicht zum Kampfe erheben .

Die Hauptaufgabe: Schaffung der bolschewistischen illegalen Massenpartei.

Werden die Kommunisten selbst instande sein, die dafür nötigen Voraussetzungen zu schaffen?

Aber das ist nur unter folgenden Voraussetzungen möglich:

- Einer *leninistischen* Politik der Partei und ihrer Führung.
- Einer revolutionären Massenpolitik, die von den neuen, durch die faschistische Diktatur geschaffenen Bedingungen ausgeht.
- Einem entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus, das Liquidatorentum.
- Der Reorganisierung der Partei in eine streng illegale, straff zentralisierte Kampforganisation.
- Der Wiederherstellung der revolutionären Disziplin.

Keine dieser Voraussetzungen ist gegenwärtig erfüllt. Die Parteileitung treibt

noch immer eine Politik, als ob „wir keine Niederlage erlitten hätten“ (...)

Das Liquidatorentum äußert sich in verschiedenen Formen: »Es hat ja jetzt doch keinen Zweck mehr - man muß abwarten, bis sich eine günstigere Situation bietet“, „Irgend etwas muß falsch sein am Kommunismus“, „jetzt ist der Augenblick für die 'einheitliche' Partei der deutschen Arbeiterklasse gekommen“, „den Faschismus kann man doch nur im Bürgerkrieg stürzen, wozu alle die mühselige Tagesarbeit“ (...)

Noch niemals hat es eine konterrevolutionäre Diktatur gegeben, die sich auf eine derartige Massenbasis stützen konnte, wie der deutsche Faschismus, aber es hat auch noch niemals eine revolutionäre Arbeiterpartei gegeben, die 5 Millionen Anhänger rekrutieren konnte, bevor sie in die Illegalität gejagt wurde.

Diese beiden Tatsachen kennzeichnen die Eigenart und die besonderen Schwierigkeiten unserer Illegalität (...)

Wir haben eine lange, sehr lange Illegalität vor uns. Eine kluge Parteileitung würde mit den vorhandenen Kräften sehr sorgsam umgehen - bedenkend, daß in einer illegalen Partei die Ergänzung der Kaders nach ganz anderen Gesetzen und viel schwieriger erfolgt, als in einer legalen (...)

Aber die innere Überzeugtheit kann nicht erreicht werden, ohne *innerparteiliche Demokratie*. (...) Natürlich kann innerparteiliche Demokratie nicht dasselbe sein, wie in den Zeiten der Legalität. Natürlich sind heute *lange* Diskussionen unmöglich, man kann heute die Übereinstimmung oder das Auseinandergehen mit der Politik der Leitungen nicht auf ordentlich „gewählten“ Konferenzen feststellen. Es müssen dazu andere Mittel und Wege gefunden werden. *Aber dies unter allen Umständen* .

Neue Wege der Massenarbeit

Die zweite, entscheidende Frage ist die des Kampfes um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter, - das ist das *Ket-*

tenglied, welches man jetzt ergreifen muß, das ist die Frage, von der letzten Endes alles abhängt. Aber auch sie ist nur unter zwei Bedingungen zu lösen: Wir müssen unsere alten Illusionen begraben und neue Wege zu den sozialdemokratischen Arbeitern finden. Wir werden keinen Schritt vorwärts kommen, wenn wir uns der Illusion hingeben, die viel Platz in den Thesen unserer Parteileitung findet, nämlich, daß der *Reformismus erledigt* sei.

Nur durch die KPD geht der Weg zum Sieg

Über alle Niederlagen und über alle Schwierigkeiten hinweg - mögen sie noch so groß sein - werden die deutschen revolutionären Arbeiter *ihre* Partei, die KPD, so umformen, so reorganisieren, daß sie zur Partei des Sieges wird. Auch jetzt gibt es keinen anderen Weg - denn die Millionen revolutionärer Arbeiter, mögen sie auch zeitweilig müde und resigniert abseits stehen, wissen, daß die KPD aus ihrer Niederlage lernen wird. Sie anerkennen den beispiellosen Heldenmut, mit dem die Kommunisten dem Terror der faschistischen Diktatur trotzen. Sie begreifen, daß eine Partei, in der Tausende bewiesen haben, daß sie bereit sind, für sie in den Tod zu gehen, auch den Weg zum Sieg finden wird.

In diesem Geist fordern wir alle aktiven Mitglieder der Partei auf, für die Durchsetzung einer bolschewistischen Politik zu kämpfen: Bedingungslos dem Leninismus ergeben, in unerschütterlicher Treue zur KPD - der einzigen Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse in der Hölle der faschistische Diktatur.